

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Verlag: Neudruck Dresden.
Verlagspreis-Gemeinnummer: 25241.
Zur für Postgebühren: 20 011.

Besuchs-Gebühren: Dresden und Umgebung bei postmöglicher Zustellung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) sowie bei einmöglicher Zustellung durch die Post (ohne Gebühren) 4,00 M., monatlich 1,00 M. Einzelhefte 10 Pf. Die einseitige 17 mm breite Seite 20 Pf. Bezugspreise u. Anzeigen in Nummer und Sonn- und Feiertagen 11. Zahl. 20%. Zusatzengebühren. — Num. Blatt. geg. Verordnungsbl. — Bezahl. 10 Pf.

Geschäftliche und Geschäftsstelle:
Märkerstraße 25/40.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Ronto 10 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unrechtmäßig Vervielfältigen werden nicht aufbewahrt.

Neue schwere Unruhen in Berlin.

Neue Unruhen in Berlin.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Berlin, 24. Dez. Heute früh haben die Unruhen wieder begonnen. Unter den Linden wird zurzeit Kampf geschlagen. Das Volksgewalt hat die Polizei aus dem Gebäude entzerrnen lassen und trifft Vorkehrungen, um einem Putsch der Sozialisten zuvorkommen.

Erhitzte Kämpfe um das Berliner Schloß.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Berlin, 24. Dez. Heute morgen von 8 Uhr ab tobten am Schloß und Marstall, die von der Volksgewalt besetzt waren, erbitterte Kämpfe, bei denen die Gardebataillon Division gegen Schloß und Marstall vorging und u. a. auch unter Artilleriefeuer lag.

Berlin, 24. Dez. (Eig. Drahtmeld.) Die gestrigen Vorgänge — der Matrosenputsch gegen die Reichsregierung und Kommandantur — haben heute eine blutige Fortsetzung gefunden. Um 8 Uhr morgens begannen im Schloß und Marstall Straßenkämpfe von einem Umfange und einer Festigkeit, wie Berlin sie seit 1848 nicht wieder erlebt hat. Der Gardebataillon Division, die schon in der Morgendämmerung mit starken Kräften anmarschiert war und die ganze Gegend um das Schloß und den Marstall umringelt hatte, war der Befehl erteilt worden, die Matrosen unter allen Umständen aus den beiden Gebäuden zu vertreiben und hierzu, wenn die Leute sich nicht gutwillig ergeben wollten, die ihnen zu Gebote stehenden Nachtmittel anzuwenden. Die Öffnung, daß die Matrosen angesichts der gegen sie ausgeübten Übermacht die Waffen strecken würden, verwirklichte sich nicht. Punkt 8 Uhr begann daher der Angriff der Truppen zunächst auf den Marstall. Als die Matrosen nicht nur von hier aus, sondern auch aus dem Schloß her zur Wehr setzten, wurden Maschinengewehre und Geschütze auch gegen das Schloß gerichtet. So tobte seit 8 Uhr ununterbrochen

Das schwerste Feuergefecht
in den Straßen. Die Matrosen aber hatten darauf gerechnet, daß ihnen aus der Berliner Garnison Hilfe kommen würde, und sie hatten sich Berlin nicht gekümmert. Infolgedessen wurde der Bruderkampf auch von Regiment zu Regiment geführt. Gegen 10 Uhr war die matrosenfeindliche Artillerie so weit vorgedrungen, daß sie die ganze Brüderstraße bis hinauf zum Schloßplatz in ihrer Gewalt hatte. Nachdem ein Teil der Gardebataillon Division übergegangen war, entsandten die Matrosen zu den regimenterweiseren stehenden Truppen einen Parlamentär mit weißer Flagge, um Verhandlungen einzuleiten. Um 10 1/2 Uhr kam das Feuergefecht auf der ganzen Linie. Die Parteien verhandeln im Schloß. Die Kanonen, aus denen auf den Marstall geschossen worden ist, sind 7,5-Zentimeter- und 10,5-Zentimeter-Geschütze. Einige Minuten vor 11 Uhr wurde aus dem Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit dem Major der Gardebataillon Division verhandeln. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr die Matrosen weicht einzeln, dann in kleinen Truppen abzogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten die Geschütze auch wieder abdrücken. Die Zugangsstraßen zum Marstall wurden jedoch weiter von Soldaten der Sicherheitswehr absperrt. Kurz vor 11 Uhr rückten die Proben der Kavallerie mit den Geschützen, die auf der Französischen Straße und dem Werderischen Markt aufgestellt waren, ab. Kurze Zeit darauf rückten andere Teile der Garde in die Quartiere. Es waren nur noch an einzelnen Ecken Maschinengewehre mit kleinen Truppen aufgestellt.

Abzug der Matrosen.
Berlin, 24. Dez. Wenige Minuten vor 11 Uhr wurde auf dem Marstall eine Abordnung von Matrosen mit einer weißen Flagge entsandt, die mit dem Befehlshaber der Truppen verhandelte. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß wenige Minuten nach 11 Uhr die Matrosen erst einzeln, dann in kleineren Truppen abzogen. Nach erfolgter Kapitulation konnten auch die Geschütze wieder abdrücken. Die Matrosen haben 28 Mann verloren, teils tot, teils schwer verletzt.

Der Sturm der Matrosen auf die Kommandantur.
Berlin, 24. Dez. Die etwa 500 bis 600 Matrosen, die bisher die Bewachung des Schloßes hatten, sollten nach Anweisung der preussischen Regierung durch den Kommandanten Weiss als Sicherheitskräfte aufgestellt und in ihre Heimatgarnison beordert werden. Die Straße Weimargarten besetzt am Montag gegen 6 Uhr nachmittags ihr gewöhnliches Aussehen. Zu dieser Zeit kamen aus der Oberwallstraße, der Charlottenstraße und über die Schloßbrücke Truppen von Matrosen, Karabiner über der Schulter, und strebten der an der Schloßbrücke gegenüber dem Zeughaus gelegenen Stadtkommandantur, dem Sitz des Kommandanten Weiss, entgegen. Die Linden wurden von der Charlottenstraße bis zur Schloßbrücke ebenso wie der Lustgarten, der Dom und die Adlonstraße abgeperrt. Vor der Kommandantur nahm eine große Zahl Matrosen Aufstellung. Auf Veranlassung des Stadtkommandanten erfolgte die Alarmierung der republikanischen Soldatenwehr und Sicherheitskordons. Die Führer dieser Abteilungen rückten mit Maschinengewehren sofort auf die Kommandantur an. Die Führer dieser Abteilungen rückten mit Maschinengewehren sofort auf die Kommandantur an. Die Führer dieser Abteilungen rückten mit Maschinengewehren sofort auf die Kommandantur an.

Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung: 2. Februar.

Wolffs Sächsischer Landesdienst meldet: Die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung finden am Sonntag, den 2. Februar, statt.

Es wurde im Gesamtministerium erwogen, ob die Wahlen mit den Wahlen zur Nationalversammlung für das Reich an einem Tage vorgenommen werden könnten. Die Prüfung des Für und Wider ließ es geboten erscheinen, hieron Abstand zu nehmen und einen besonderen Wahltermin anzukündigen. Die sächsische Nationalversammlung wird nicht dieselbe Aufgabe lösen können, wie die gleiche Versammlung für das Reich. Das Gesamtministerium ist nach wie vor der Auffassung, daß die Zeit der Kleinstaaterei für Deutschland als überwinden zu gelten hat und daß endlich der bereits im Jahre 1818 gegebene Gedanke einer einheitlichen deutschen Republik sich durchsetzen muß. Nur als äußerster Behehl könnte die Föderation selbständiger Bundesstaaten in Betracht kommen. Deshalb kann eine sächsische Verfassung erst dann in Frage kommen, wenn der Einheitsgedanke sich als undurchführbar erweisen sollte. Wenn die sächsische Nationalversammlung nicht als Konstituante tätig sein, so wird sie doch ihren Einfluß gegen eine eventuelle Zerstückelung des Reiches geltend machen. Darum ist die Berufung der Versammlung für Sachsen notwendig.

Das Wahlrecht für das Reich wird auch für Sachsen gelten. Die Wählerlisten der Nationalversammlung sollen für die Wahlen in Sachsen, doch müssen die Wählerlisten noch für weitere zwei Wochen ergänzt werden, um den heimkehrenden Soldaten das Wahlrecht zu sichern. Wahlkreis-einteilung, Vorschlagslisten schienen sich dem Reichswahlrecht an. Die Zahl der Abgeordneten wird 98 betragen, und zwar entfallen auf die Wahlkreise Leipzig 24, Chemnitz 28 und Dresden 46 Abgeordnete. Die Gemeindevorstellungen müssen auf diese Wahlen Rücksicht nehmen, damit die Gemeindevorstellungen nicht am gleichen Tage stattfinden.

Die gegenwärtige Leitung des sächsischen Staates handelt von vornherein auf dem Standpunkte, daß Sachsen als selbständiges Glied des Reiches nicht weiterbestehen, sondern im

Reiche aufgehen solle. Man hatte daher zunächst von der Wahl und Einberufung einer sächsischen Nationalversammlung Abstand genommen. Wenn nunmehr doch ein Entschluß im gegenseitigen Sinne gefaßt worden ist, so scheint das ein Zeichen dafür zu sein, daß das sächsische Gesamtministerium selbst der Meinung ist, die von ihm vertretene Auffassung einer deutschen Einheitsrepublik habe keine Aussicht, von der Reichs-Nationalversammlung gutheschehen zu werden. Darauf deuten ja auch die Mitteilungen, die bereits über den der Reichs-Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf einer neuen Reichsverfassung der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind. Danach rechnet man mit dem Weiterbestehen eines deutschen Bundesstaates von etwa 14 oder 15 Bundesrepubliken, die durch Zusammenlegung der Gebiete der bisherigen Bundesstaaten gebildet werden sollen. Bei der jedenfalls sehr unrichtigen Richtung der Reichs-Nationalversammlung ist es indessen wahrscheinlich, daß noch eine weitere Verfürgung der Zahl der Einzelrepubliken eintreten wird. Die Durchführung des vom sächsischen Ministerium verfolgten Gedankens der Einheitsrepublik muß aber auf jeden Fall an dem von Bayern geführten und organisierten Widerstande Süddeutschlands scheitern. Die Ansicht des Gesamtministeriums, daß die sächsische Nationalversammlung, falls sie durch den Übergang Sachsens in das Reich keine Gelegenheit habe, als Konstituante wirksam zu werden, immerhin im Sinne eines Gegenantrags gegen weitere „Abspaltungen“ tätig werden können, bedarf der Bestätigung durch den Ausfall der Wahlen. Es könnte auch anders kommen. Die Möglichkeit erscheint nicht ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit zusammensinde, die im Wesentlichen für die Erhaltung der Selbstständigkeit Sachsens unter Wiederanliederung der 1890 abgetrennten Provinz Sachsen eintritt.

den Rufen „Nieder mit Weiss!“ waren zehn Matrosen in die Kommandantur eingedrungen und hatten Weiss, Leutnant Fischer und Dr. Bougarek gefangen genommen.

Auf der Straße wurden die Verhafteten von den Matrosen in die Mitte gestellt und der ganze Trupp vor nach dem Marstall, den die Matrosen besetzten. Inzwischen waren von der Kommandantur aus zwei Panzerwagen mit Maschinengewehren sowie mehrere Personenzüge, auf denen man Maschinengewehre gefechtsmäßig aufgebaut hatte, hinausgeschickt und hatten zunächst in der Wallstraße Aufstellung genommen. Mäßig kam von der Charlottenstraße ein Lastwagen, der nicht zur Kommandantur gehörte und der auf der rechten Seite der Linden langsam auf die Kommandantur aufbrach. Die Matrosen riefen dem Führer zu, er möge halten, und verperrten ihm mit vorgeschobenem Gewehr den Weg. Der Führer des Autos ließ sich nicht beirren und fuhr weiter. Die Matrosen eröffneten mit Karabinern Schnellfeuer auf das Auto, etwa 100 Schüsse fielen. Dann wurde auf dem Lastwagen ein Maschinengewehr sichtbar, das nun feierliches Feuer auf die Matrosen richtete, ohne jedoch Personen zu verletzen. Während der ersten Schüsse bog aus der Charlottenstraße ein Panzerwagen in die Linden ein und eröffnete von der Höhe Friedrichs des Großen Schnellfeuer auf die Matrosen. Von dem vor der Kommandantur stehenden Posten wurde ein Matrose getötet und mehrere schwer verletzt.

Berlin, 24. Dez. Heute früh in der 6. Stunde rückten neue Truppen zum Schutze der Reichskanzlei an. Die Matrosen hatten für heute früh 9 Uhr eine Versammlung einberufen, in der auch die 6. Kommandantur teilnahm. Auf Potsdam wird heute früh gemeldet, daß Potsdamer Matrosen auf dem Wege nach Berlin sind; doch war die Meldung bisher auf ihre Richtigkeit hin nicht zu prüfen.

Berlin, 24. Dezember. Die Weihnachtsfeierabend sprechen neue Ueberraschungen für die Reichshauptstadt. Die Spartakusleute verbreiteten Flugblätter mit unbegründeten Gerüchten, daß revolutionäre Truppen gegen Berlin anrückten. Infolgedessen wird das Proletariat aufgefordert, sich bis an die Zähne zu bewaffnen. In einer Versammlung des letzten Sonntags erklärte Liebknecht, die Regierung Ebert-Gaase werde das neue Jahr nicht erleben.

Spartakushefte in München.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
München, 24. Dez. Die Spartakus-Anhänger fordern in Flugblättern und in den Katern zum Sturz der bisherigen bairischen Regierung auf.

Litauische Regierungsveteren in Berlin.
Berlin, 24. Dez. Das Litauische Pressebureau teilt mit: In Verbindung wichtiger Angelegenheiten des litauischen Staates werden am 26. Dezember in Berlin Präsident des Litauischen Staatsrates Dr. Smetana, Minister des Innern Waldenaras, Finanzminister Mojas und Mitglied des litauischen Staatsrates Dr. Klimas. Die Herren legen demnächst ihre Reise nach dem neutralen Auslande fort.

Die Lehren von Braunschweig.

Die Wahlen in Braunschweig, über deren vorläufiges Ergebnis wir im Morgenblatt berichtet haben, sind in mehr als einer Hinsicht interessant. Es ergibt sich in der Stadt Braunschweig im Vergleich zu den Stadtverordnetenwahlen für die Sozialdemokratie ein Verlust von 3720 Stimmen, für den rechtsstehenden Landeswahlverband ein Gewinn von 400 und für die Demokraten ein solcher von 300 Stimmen. Bei den Stadtverordnetenwahlen, die am 15. Dezember unter gleichen Bedingungen stattgefunden haben, haben sich aber 85 v. H. der Wähler beteiligt, während jetzt nur 75 v. H. der Wahlberechtigten abgestimmt haben. Nach bisher bekannt gewordenen Ergebnissen dürften sich im Landtag bürgerliche Parteien und Sozialdemokratie ungefähr die Lage halten. Das Ergebnis ist also besser, als in Anbalt, es scheint aber für die bürgerlichen Parteien, soweit sie wenigstens bisher urteilen läßt, doch etwas schlechter auszufallen zu sein, als die Reichstagswahlen im Jahre 1912. Damals erhielten die Sozialdemokraten 48 210, die rechtsstehenden Parteien 49 535 und die Fortschrittler 10 200 Stimmen, es handelte sich, wenn man lediglich das Stimmenverhältnis in Betracht zieht, rund 50 000 bürgerliche Stimmen gegen 48 000 sozialdemokratische. Heute sind für die Sozialdemokratie bisher 38 550 Stimmen gezählt, für die bürgerlichen Parteien 41 700. Der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen ist also, wenn man berücksichtigt, daß sie die Regierung ausüben, nicht allzu beträchtlich, selbst wenn die noch ausstehenden Ergebnisse das Stimmenverhältnis nicht zugunsten der bürgerlichen Parteien beeinflussen sollten.

Erkaunlich ist auf den ersten Blick die große Zahl der für die Unabhängigen abgegebenen Stimmen, die nahezu die Mehrheit der Wähler erreicht. Uebrigens, wo es bisher zu einem Wahlkampf zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gekommen ist, sind diese nämlich in der Minderheit geblieben. Das für die Unabhängigen relativ günstige Ergebnis der Braunschweiger Wahlen dürfte sich aber ohne weiteres daraus erklären, daß die Unabhängigen dort die Regierung in Händen haben.

Eine bittere Lehre enthält aber das Ergebnis für die bürgerlichen Parteien. Wäre es zu einer Vereinigung zwischen den Demokraten und den rechtsstehenden Parteien gekommen, hätte man die Kandidaten ausgewählt nicht nach der Parteiführer, sondern lediglich im Hinblick auf das große Ziel, das es für das Bürgertum zu erreichen gilt, wären die bürgerlichen Parteien von vornherein in einheitlicher Front marschiert unter Zurückstellung all der trennenden Momente, die schließlich gegenüber der wesentlichen Aufgabe doch verschwinden, dann wäre das Bürgertum am härtesten im braunschweigischen Landtag vertreten gewesen. So aber hat das getrennte Marschieren des Bürgertums den Unabhängigen zu einer weit größeren Anzahl von Stimmen verholfen, als sie sonst bekommen haben würden. Bekanntlich ist Herr v. Werlach, neben Rudolf Wölfe und Theodor Wolff vom „Berl. Tagebl.“ einer der Gründer der demokratischen Partei, in der Gründungsversammlung in Berlin ausdrücklich für ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten eingetreten. Von ihnen sah er sich nur durch Klauen, von der bürgerlichen Rechte aber durch eine Mauer getrennt. Im Sinne dieser Erklärung hat denn auch die Berliner Parteileitung der Demokraten eine Parole gegen eine Vereinigung mit anderen bürgerlichen Parteien ausgesprochen. Die Wähler zeigen sich jetzt in Braunschweig — sie werden von den Unab-